

Arbeiter-Wochenblatt

Einzelnummer 10 Pfennig
Der Zeitungsbetreiber hat in allen Hefen ein Recht

Lagezeitung der KPD / Sektion der Kommunistischen Internationale / Bezirk Ostschlesien

Beilagen: Der rote Stern / Bilder der Woche / Der proletarische Kulturkampf / Mensch und Energie
Proletarische Sozialpolitik / Für unsere Frauen / Der revolutionäre Jungarbeiter / Der komm. Genossenschaftler

Belegpreis: im Jahr monatlich 1.20 Reichsmark, durch die Post bezogen monatlich 1.20 Reichsmark (ohne Zustellungsgebühr) / Verlag: Dresdner Verlagsgesellschaft m. b. H., Dresden-11 / Geschäftsstelle und Redaktion: Mühlentorstraße 2 / Fernsprecher: 17250 / Postfach: Dresden Nr. 18690
Erscheinenszeiten: Montag von 16 bis 18 Uhr, allgemeine Erscheinungsdienste von 17 bis 18 Uhr
In den Betrieben und arbeiterrechtlichen Fragen: Freitage von 18 bis 19 Uhr, dienstliche Erscheinungsdienste

Einzelheftpreis: die normal gepaltene Monatsausgabe oder deren Raum 0,33 RM, für Familienausgaben 0,20 RM, für die Reflektierte einschließlich an den dreifachen Teil einer Ausgabe 1,50 RM
Zusätzliche-Annahme: wochentags bis 9 Uhr vormittags in der Expedition Dresden-11, Mühlentorstraße 2 / Die „Arbeiterstimme“ erscheint täglich außer an Sonn- und Feiertagen / In Fällen höherer Gewalt besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder auf Zurückzahlung des Belegpreises

5. Jahrgang

Dresden, Montag den 2. Dezember 1929

Nummer 279

Hugenbergs Demagogengeseß abgelehnt

Die deutschnationalen Rechtsäuler gespalten / Reformistisches Manöver beim Braunkohlen-Schiedspruch / Furchtbarer Selbstmord eines Insassen des Zuchthauses Sonnenburg

Heute ausführlicher Bericht vom Gewerkschaftsoppositionskongress!

800 Betriebsbelegierte auf dem Oppositionskongress!

Davon 559 freigewerkschaftlich organisiert!

Glänzender Verlauf — Reichsauswahl gewählt!

Berlin, 2. Dez. (Eig. Drahtbericht.)

Auf dem Reichskongress der revolutionären Gewerkschaftsopposition, der am 30. November und 1. Dezember in Berlin tagte, waren über 1200 Delegierte erschienen. 800 Delegierte waren aus 826 Betrieben (viele Kleinbetriebe wählten gemeinsam einen Delegierten). 559 Delegierte sind freigewerkschaftlich organisiert. Der Kongress nahm einen wichtigen Verlauf. Die Begrüßungsrede des Genossen Thälmann sowie das Referat des Genossen Wierker fanden körnige Zustimmung. Nach ausgiebiger, anregender und lebhafter Diskussion wurden die Beschlüsse einstimmig gefasst. Einkünfte wurden der Reichsauswahl zur Förderung der revolutionären Gewerkschaftsopposition gewährt. Unter dem gemäßigten Eindruck dieses Kongresses vollzogen circa 40 Delegierte ihren Eintritt in die Kommunistische Partei.

Viele Kongress, dessen Kosten von den arbeitenden Massen selbst getragen wurden, war ein Kongress proletarischer Mobilisierung zum Kampf gegen das kapitalistische System. Gegen den National- und Sozialfaschismus wurden die notwendigen Beschlüsse gefasst, um alle revolutionären Kräfte in Betrieben und Gewerkschaften enger zusammenzuführen, um die revolutionäre Führung des deutschen Proletariats für die kommenden schweren Kämpfe zu stärken, um die Kämpfe zu verkürzen und die Kraft zu führen.

Arbeiter! Werft alle Kräfte in Stadt und Land! Folgt dem Ruf des Kongresses! Macht euch um die Führung der revolutionären Gewerkschaftsopposition!

(Ausführlicher Bericht siehe im Innenteil.)

Reformistisches Manöver im Braunkohlenkonflikt

Salle, 2. Dezember. (Eigene Drahtmeldung.)

Wie der „Montag-Morgen“ meldet, wurde nach einem Referat des berühmten Reformisten Schmidt, Bochum, des 1. Vorsitzenden des Bergarbeiterverbandes, zu dem neuen Schiedspruch im Braunkohlenbergbau eine Entschiedenheit angenommen, in der die in Halle tagende Revisionärkommission des Schiedsgerichts erklärt, das die Ablehnung nichts weiter als ein Täuschungsmittel für die Braunkohlenarbeiter ist. In dem weiteren Inhalt in der Entschcheidung, in der die Kommission die von den Gewerkschaften eingetragene Forderung billigt. Eine Einziehung der Kündigungsfrist wurde nicht beschlossen, eine neue Auszahlungsmöglichkeit nicht angelehnt. Ohne Zweifel werden die Reformisten versuchen, die Bewegung durch eine Verbindlichkeitsklärung abzumildern. Nur der entschlossene Widerstand gegen die Taktik des sozialfaschistischen Gewerkschaftsautoritäten, der Kampf gegen die Verbindlichkeitsklärung, kann die sozialfaschistische Gewerkschaftsautorität nicht den Braunkohlenarbeitern die Möglichkeit geben, um bessere Löhne zu kämpfen.

Reichwehrforderungen werden befristet

14. Jahre Forderung für kommunistischen Funktionär

14. Jahre Forderung für kommunistischen Funktionär

Am Freitag, 28. November, wurde dem 4. Straßensitz des Reichstages unter dem Vorsitz des aus dem Reichspräsidenten und anderen kommunistischen Funktionären bekannten Richters Baumgarten nach mehrtägiger Verhandlung das Urteil gegen den Genossen Walter Schulz, Berlin, wegen Vorbereitung zum Hochverrat und Betrug gegen § 7 Absatz 4 des alten Reichsverfassungsgesetzes gefällt. Der Senat erkannte auf 14 Jahre Zuchthaus, nachdem der Angeklagte 3 Jahre beantragt hatte.

Der Verteidiger Rechtsanwalt Dr. Schulz, und der Angeklagte erklärten vor Gericht mit dem Nachdruck, daß die im fraglichen Urteile, auf Grund deren die Verurteilung erfolgte, auf keinen Fall als Beispiel über verurteiltes Material bewahrt werden können. Die Reichsjustizrat Aris Wiedemann und die Reichsjustizrat Wenzel erklärten, daß sie sich auf die Entscheidung der Verhandlungen von Rechten für die Angehörigen der Wehrmacht bezog.

KPD ruft gegen den Volksentscheidswindel auf!

Berlin, den 30. November 1929

Das Hugenbergische „Freiheits-Gesetz“ ist im Reichstag gefallen. Der dritte Akt des Hitler-Hugenberg-Beitrages kann also am 22. Dezember steigen. An diesem Tage werden die Arbeiter vor den Abstimmungslokalen Spalier bilden, um sich das schändliche Gesetzwort der großkapitalistischen Drahtzieher des Volksentscheides einmal ganz genau anzusehen.

Die Reichstagsdebatte der Hugenberg-Beauftragten mit den Vertretern der Regierungsparteien gliedert einem Hausstreit von Aktionären über die besseren Möglichkeiten zur Ausplünderung der wertvollen Massen. Der Volkspartei-Karboroff, der eifrigste Kämpfer bei der Neuorganisation der Bürgerblockfront, hielt mit dem Pappschwert gegen den „unvernünftigen“ Hugenberg, rief ihm zur Umkehr, denn das wichtigste in nächster Zeit sei die „Finanzreform in Ländern und Gemeinden“. So sprach auch der Demokrat Ehlermann. Bei der kommenden Ausplünderung der Massen werden sich all diese im verschiedenen Parteigewande einig sein. Auch der Sozialdemokrat Breitheid mit seiner Partei wird nicht fehlen. Dieser Mann ließ in seiner Rede zwar einige Mißbräute gegen Hugenberg steigen, aber zu Karboroffs schändlichem Finanzprogramm, zur Durchführung des Hugenbergs verlor er sein Wort.

Jammernoll war wieder das Auftreten des national-

sozialistischen Grafen Reventlow, so jammernoll und kläglich, daß selbst der demokratische Redner geizig meinte:

„Der Kommunist Stoedter hat die eigentliche Rede gegen den Youngplan gehalten.“

In der Tat, das Hugenbergische Antlitz der Hitlerpartei zeigte sich im Verlauf der Reichstagsverhandlungen unheimlich. Dieses Gesicht beleuchtete Genosse Stoedter in würdevoller Anlage und Kampfbereitschaft, um darüber hinaus auch die notwendige Abrechnung mit den offenen Befürwortern des internationalen Sklavenpaktes zu halten. Unter starkem Beifall der kommunistischen Fraktion zeigte Genosse Stoedter die tatsächliche Einheitsfront von den Sozialdemokraten bis zu Hugenberg, griffelte auf das schärfste das verlogene Kriegsausgleichsgerede dieser Leute. Zahlreiche Ordnungsrufe des Präsidenten unterzückten nur die Wahrheit und Deutlichkeit der Anklagen des Genossen Stoedter. Unter starker Anteilnahme der Tribünenbesucher, unter lebhaften Zustimmung der kommunistischen Fraktion kündigte Genosse Stoedter den Tag an, an dem das deutsche und internationale Proletariat durch die Niederwertung der Bourgeoisie alle Tribun- und Kriegspakete zerbrechen werde.

Im Anschluß an seine Rede gab Genosse Stoedter nachfolgende Erklärung ab, bei deren Bezeichnung es zu förmlichen Beifallsstürmen der kommunistischen Fraktion kam.

Eine Erklärung der KPD-Reichstagsfraktion zum Volksentscheid der Hugenberg-Hitler

Die KPD, die einzige Partei, die den Versailles Vertrag und den Dawesplan grundsätzlich abgelehnt hat, lehnt auch den Youngplan als eine Fortsetzung und Verschärfung der Reparationsfremdschuld der wertvollen Massen ab und ruft die Arbeiterklasse zum revolutionären Kampf gegen diesen Raub- und Kriegssplan auf. In Uebereinstimmung mit allen Parteien der Kommunistischen Internationale vertritt die KPD die Auffassung, daß die Kriegsschulden nicht von den arbeitenden Massen Deutschlands getragen werden sollen, sondern von den wahren Kriegsschuldigen in allen Ländern. Die Kapitalisten und Grundbesitzer, die Generale und Diplomaten, die vielen verbrecherischen Raubkrieg in Deutschland und Völkerringen ebenso wie in Rußland, England und Frankreich angezettelt haben, sie sollen für diesen imperialistischen Krieg nicht nur mit dem den wertvollen Massen geraubten Gut, sondern auch mit ihrem Blute zahlen. Diese revolutionäre proletarische Forderung der Reparationsfrage, für die wir kämpfen, ist allein in Rußland durch die bolschewistische Revolution durchgeführt worden. Die Oktoberrevolution hat alle Verträge mit den imperialistischen Mächten gerissen, alle Schulden des zaristischen in Höhe von mehr als 30 Milliarden Goldmark annulliert und mit den Kriegsschuldigen schmerzlos Abrechnung gehalten, und sie hat auch den schändlichen Raubvertrag von Brest-Litowsk in einem neuen Papier verwanbelt.

Nach denselben Methoden wird die proletarische Revolution in Deutschland den Versailles Vertrag und alle Abmachungen des Youngplans zerreißen und mit den Schuldigen des imperialistischen Krieges und der imperialistischen Friedensverträge, die den Krieg gegen das arbeitende Volk bedeuten, die gebührende Abrechnung halten.

Der „Volksentscheid“ gegen den Youngplan, den die schändliche Reaktion unter der Führung des schmerzlichen Internationalen Kapitalismus Hugenberg inszeniert, ist ein nichtüberwindlicher Volksbetrug. Die Hauptschuldigen des imperialistischen Krieges und des Versailles Vertrags, Hauptangehänger ihrer imperialistischen Partei, die durch ihre Stimme die Annahme des Dawesplans ermöglicht hat, wollen jetzt die Rolle der Betrüger des deutschen Volkes spielen. Das sind diejenigen Leute, die in Paris mit dem Völkerringen Kennard und den Verhandlungen des französischen Generalstabes über ein deutsch-französisches Militärbündnis verhandelt haben, ein Militärbündnis gegen die Sowjetunion, den einzigen Staat, der den Versailles Vertrag nicht anerkennt.

Die Hugenberg, Hitler und Selbte wissen, daß ihr Volksentscheid an der Reparationsfremdschuld nichts ändern kann.

Die Finanz- und Traktanten, die dieses Volksentscheidsgeld, die die Hitlerbanden und die Stahlhelm finanzieren, die Hugenberg Karboroff, Berig, Siemens, Goldschmidt und Co. wollen genau so wie die Demokraten, das Zentrum, die Volkspartei und die Sozialdemokraten den Youngplan rückwärts auf Rollen der wertvollen Massen durch die kapitalistische Nationalisierung, durch die Hugenbergische Finanzreform, durch Zerschütten und Steuerraub, durch den Abbau der Sozialpolitik durchführen. Durch ihren „Volksentscheid“ wollen sie ihre eigene Verantwortung für das Elend der wertvollen Massen Deutschlands verdrängen, den Haß der arbeitenden Massen Deutschlands von der Bourgeoisie im eigenen Lande ablenken. So soll der Volksentscheid zugleich eine Massenmobilisierung für die schändliche Diktatur werden.

Die Klassenbewußte Arbeiterkraft wird darum nicht nur diesem Volksentscheidswindel fernbleiben, sondern der schändlichen Agitation für den Volksentscheid überall entschieden entgegen treten.

Jeder Versuch, besonders auf dem Lande, durch den wirtschaftlichen und politischen Terror Proletariats zur Stimmabgabe für Hugenberg und Hitler zu zwingen, muß auf den entschlossensten Widerstand der Arbeiterkraft stoßen.

Mit derselben Entschiedenheit, wie der nationalsozialistischen Demagogie, tritt die KPD den Sozialfaschisten entgegen, die als Regierungspartei für den Youngplan in erster Linie verantwortlich sind und ihn der Arbeiterkraft heuchlerisch als Erleichterung ihrer Lage anbieten. In Wirklichkeit bringt der Youngplan zwar einige Vorteile für die deutsche Bourgeoisie, dafür wird er aber eine so härtere Forderung der arbeitenden Massen zur Folge haben. Er ist zudem ein Instrument der Kriegsvorbereitung der imperialistischen Bourgeoisie gegen die Sowjetunion, den einzigen Arbeiterstaat der Welt.

Der proletarische Kampf gegen den Youngplan muß in den Betrieben stattfinden durch den Kampf gegen die kapitalistische Nationalisierung, für den Streikentzug und höhere Löhne, durch den Kampf gegen den Abbau der Erwerbslosenunterstützung und der Sozialrenten, gegen den Zerschütten und Steuerraub sowie die Erhöhung der Mieten.

Die KPD ruft die Arbeiterklasse auf zum entschlossensten Kampf gegen den schändlichen Volksentscheidswindel, gegen den schändlichen Terror, gegen den Youngplan, gegen die nationalsozialistischen und imperialistischen Agitatoren des deutschen und internationalen Finanzkapitals, für die bolschewistische